

# Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

werden die 6spaltige Kolonelle oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet und in unferen Annahmestellen und allen Anzeigen-Beschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mt. Schluß der Anzeigenannahme vom 1. Juli bis 1. August 1917. Sonntags abends 6 Uhr. Rückstellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S. Erscheint täglich zweimal Sonntag einm. Schließung und Haupt-Schließung: Halle, Dr. Brauhausstraße 17. Neben-Beschäftsstelle Markt Nr. 24.

**Bezugspreis**  
Die Halle monatlich bei postalischer Zustellung 1,20 Mark, vierteljährlich 3,60 Mark, durch die Post 5,00 Mark ausschließlich Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im Falle des Versagens des Postverkehrs wird die Zeitung eingetragener. Für unregelmäßig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Zeitung' gestattet.  
Genuss der Schließung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1149, der Bezugs-Abteilung Nr. 1153  
Verlag: R. K. Leipzig Nr. 4609.

Nr. 318.

Halle, Dienstag, den 10. Juli

1917.

## Deutscher Luftsieg im Juni.

### 220 feindliche Flugzeuge und 33 Fesselballone vernichtet.

#### Das innere Ringen.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.  
— Der große Ringen zwischen Reichstag und Regierung neigt seinem Ende zu. Der Höhepunkt der Krise ist überhört. Es wäre töricht und verhängnisvoll, anzunehmen, daß es sich um eine rein parlamentarisch-egoistische Aktion des Reichstages handelt. Es ist weit mehr. Es ist der Wille des Volkes, der sich durchringt, der Wille der draußen kämpfenden und der zu Hause Durchhaltenden. Und was will dieser Wille? Die einen fordern eine Friedensformel. Die anderen: das parlamentarische System. Wieder andere: einen neuen Reichstanzler. Im einzelnen richtig, im ganzen falsch. Das deutsche Volk will ganz einfach die Neuorientierung, den Ausdruck seiner Stimmung nach dreijährigem beschämten Kampfe mit der ganzen Welt, nach dreijährigen bitteren Erkenntnissen, daß wir militärisch übermenschenfähige geleistet, politisch aber fast überall verlagert haben. Darum der Ruf nach Veränderung der Regierungsform, nach anderen führenden Männern, nach einer bestimmten Formel des Krieges. Sobald man deutlicher wird, gerät man in Parteiprogramme. Das Wesentliche an dem Vorhaben des Reichstages aber ist, daß alle Parteien trotz verschiedener Wünsche in einer Richtung vorwärtigen. In der Richtung gegen die Regierung, die entwerfer nachgeben oder gegen soll. Als der Abgeordnete Erpberger in der ersten Krisenitzung des Hauptauschusses auffand und seine Vorwürfe gegen den leeren Kanzlerstuhl schleuderte, da war es nur wenigen, eigentlich nur den Regierungsvertretern zweifelhaft, ob hier ein einzelner Einzelgänger sprach oder der selbstbewußte Volkswille sprach. Durch die Sonnenbildung der Reichstagsfraktion wurde denn auch für alle klar, daß hinter Erpberger die ganze Partei steht. Und es ist nicht zu übersehen, daß an das Zentrum angeschlossen, ein großer Block. Innerhalb dieses Blocks sind die Parteien bereit, Kompromisse zu schließen, wenn nur die Einheitsfront und die Kraft des Vortriebs nicht leidet. Es ist doch sehr bemerkenswert, daß 3. B. auch die nationalliberale Partei, die bei solchen Kämpfen naturgemäß stets von innerer Spaltung bedroht ist, einen Boden schafft, auf dem sie geschlossen vorwärts gehen und den Verbündeten die Hände reichen kann. Der Abgeordnete Dr. Stresemann erklärte am gestrigen Montag im Hauptauschuss mit Nachdruck, daß die befannte Denkschrift der sechs großen wirtschaftlichen Verbände bisher meist eine falsche Auslegung erfahren habe. Die darin aufgestellten Kriegsziele seien nur dasjenige, was nach Ansicht der Verbände wünschenswert sei. Das bedeute aber nicht, daß der Krieg so lange fortgeführt werden müsse, bis alle diese Ziele reiflos erreicht seien. Offenbar soll hier eine Brücke gebaut werden, auf der die mehr rechts gerichteten Elemente sich der Kriegsziele der Linken nähern können. Ebenso ist in linksnationalliberalen Kreisen die Bewegung unerkennbar, die sich mit den Fortschrittlichen und Sozialdemokraten über den Begriff eines parlamentarischen Systems in Neubestanden zu verständigen treibt. Wo alles nicht, sollte Karl allein nicht haben. Ist die Regierung geneigt, die Krise als das anzusehen, was sie wirklich ist, nämlich als sehr ernst und folgenreich? Geht die Regierung mit oder verfehlt sie noch einmal, an der klaren Austragung des Zwistes vorbeizukommen? Von einer Seite, von der man es am wenigsten vermutet hat, nämlich aus dem Kreise der Reichstagsfraktion des Reichstages, kommt die bestimmte Versicherung, daß die Wahlrechtsvorlage schon in diesem Herbst dem Hause zugehen wird. Es ist das kein Gerücht, sondern eine offenbar von Regierungsseite genehmigte Enthüllung. Auch der schon vor einiger Zeit angelegte Wechsel im preussischen Kultusministerium wird bestätigt. Diegen hier die ersten Schritte einer zur Neuorientierung entschlossenen Regierung vor? Bei den engen Personalunionen zwischen Preußen und dem Reich darf man Hoffnung schöpfen, daß das heimliche schwere Ringen zwischen Kanzler und Reichstag zu einer baldigen und wichtigen Lösung führt. In der langwierigen Krise ist in diesem fürchterlichen Endkampf mit den Außenfeinden wahrlich nicht die Zeit. Herr v. Bethmann Hollweg wird es den klaren Versicherungen der Presse erkannt haben, daß diese trotz der Jenfur- und Bapierkriegsnotwendigkeiten entschlossen ist, den Kampf der Volkswortsetzung zu unterstützen. Die Lösung gefunden ist, und daß trotz des Kriegszustandes persönliche Rücksichten nicht mehr genommen werden. Wir haben ja nach dem bekannten Kanzlerwort die Sentimentalität verliert. Das gilt auch für die innere Politik. Es liegt zu viel Zukunft auf dem Spiele. Deshalb muß der Beschluß hart bleiben. Verlangt wird eine neue Regierung, wenn es geht, mit dem bisherigen Kanzler, wenn es nicht geht, ohne ihn.

#### Die wandelnden Minister.

8 neue Männer für die Neuorientierung.  
c. B. Berlin, 10. Juli. Wie die Deutsche politische Korrespondenz laut 'B. Z.' erfahren haben wird, ist die Regierung bereit, in Aussicht zu nehmen, die 8 Mitglieder des Reichstages in die Regierung zu übernehmen, die die Regierung zu bilden gemahten. Zu Preußen sollen der Minister des Innern v. v.

#### Amflicher Bericht der Heeresleitung.

WTD. Großes Hauptquartier, 10. Juli.  
Westlicher Kriegsschauplatz.  
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.  
In Flandern erreichte der Artillerielampf an der Äpfel, im Abschnitt von Poperinghe und südlich von Wytschaete größere Stärke als an den Vortagen. Ein Vorstoß englischer Infanterie südwestlich von Hollebeke wurde zurückgewiesen. Auch nordöstlich von Malines, bei Lens und Fresnes, sowie nordwestlich von St. Quentin spielten sich Erundungsgeschehe ab.  
Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.  
Rängs des Chemin des Dames nahm abends das Feuer an Heftigkeit zu. Nachts wurden Teilangriffe der Franzosen südlich von Courtecon und südöstlich von Cerny abgeschlagen.  
Heeresgruppe Herzog Albrecht.  
Keine besonderen Ereignisse.  
Westlicher Kriegsschauplatz.  
Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.  
Bei Riga, Düna burg und Smorgon hat die Gefechtsstätigkeit sich gesteigert.  
Bei der Heeresgruppe des Generaloberst v. Böhm-Ermolli blieben die Kämpfe zwischen Strypa und Dajetz ziemlich unaktiv. Unternehmungen unserer Sturmtrupps brachten an mehreren Stellen Gewinn an Gefangenen und Beute. In der Gegend von Stanislaw entwickelten unsere Truppen nach dem Unterlauf des Zimkonia-Baches zurückgenommen.  
In Bereiche der anderen Armeen keine größeren Kampfhandlungen.  
Mazedonische Front.  
Die Lage ist unverändert.

Im Monat Juni war das Ergebnis der Kämpfe gegen die feindlichen Luftstreitkräfte gut. Unsere Gegner haben 220 Flugzeuge und 33 Fesselballons durch Einwirkung unserer Waffen verloren. Von den Flugabwehrkanonen wurden 60 feindliche Flieger abgeschossen. Der Rest wurde in Luftkämpfen zum Absturz gebracht.  
Unsere Verluste betragen 58 Flugzeuge und 3 Fesselballons.  
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

#### Wieder 31500 Tonnen versenkt.

Berlin, 9. Juli. (Umf.) Eines unserer Unterseeboote hat im Atlantischen Ozean wiederum 31500 T. Reg.-Tonnen vernichtet.  
Unter den versenkten Schiffen befanden sich das bewaffnete englische Hilfskriegsschiff 'Espio' (ein Offizier gefangengenommen), der bewaffnete englische Dampfer 'Amastur' mit Städtgulebung, ein bewaffneter englischer Dampfer vom Aussehen des Dampfers 'Minnewassa', zwei große unbekannte Dampfer, davon einer bewaffnet, der andere mit Munitionsladung. Auch Ausgase des gelangenen Englischen Offiziers sollte die 'Espio' das letzte englische U-Boot aus Amerika holen. Der für das U-Boot bestimmte Kommandant wurde durch einen Treffer getötet.  
Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

#### Unser Luftangriff auf London.

Der Londoner Korrespondent des 'Corriere della Sera' meldet unterm 7. Juli: Niemals sei das Schauspiel der feindlichen Fliegerangriffe auf London so großartig gewesen wie das am Vortage desselben Tages. Bewundernswert waren die von den Fliegern während der Flüge und Schwärmen eingehaltenen Abstände untereinander, unbeeinträchtigt um die um sie herum plägenden Schrapnells, von denen anscheinend keine sie traf. Ueber dem Zentrum lagen sich die sehr niedrig fliegenden deutschen Flieger wachstiche herab; sie schienen fast still zu stehen und ihre Zielobjekte zu zeigen. Gleich darauf hörte man die ersten zurhübaren Explosionen. Die Bevölkerung war behördlich nicht alarmiert worden, da dieses System als unnütz und schädlich erkannt worden war. Viele Personen sind bei den früheren Fliegerangriffen von den Abwehrgeschossen getroffen worden.  
WTD. Rotterdam, 9. Juli. Wie 'Nieuwe Rotterdamse Courant' aus London meldet, vergleicht 'Daily Mail' den deutschen Luftangriff vom Sonnabend mit der Belagerung von Cadix durch die Holländer (im Jahre 1667). In den Stadtvierteln, in denen die Bomben niederfielen, ist es zu deutsch-feindlichen Kundgebungen gekommen.

Boeckell, der Handelsminister Eydorn, der Eisenbahnminister Breitenbach, der Kultusminister v. Troitz zu Solz und der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer neuen Männern Platz machen. Im Reich sollen der Staatssekretär des Auswärtigen Zimmermann und der Staatssekretär des Innern Dr. Heffelfeiler die Portefeuilles abgeben und das Staatssekretariat des Reichsanwesens dem Innern in Reichsarbeitsamt und Reichsamt des Innern in kleinerem Maßstabe geteilt werden. Die Stellung des Kanzlers wird vorläufig als befestigt angesehen.  
Auch die neuen Ministerkandidaten wurden bereits im Reichstag erörtert. An Stelle des Justizministers sollte angeblich der Abgeordnete Schiffer, für den Polten des Handelsministers der Geheimrat Richter in Aussicht genommen sein. Für das Staatssekretariat des Reichsanwesens nannte man sowohl den Grafen Bernstorff als auch den Staatssekretär Solz, dessen Hinderniswechseln vom Reichsanwesenssekretariat angeblich ein besonderer Wunsch des Herrn von Bethmann Hollweg sein sollte. Man wollte auch schon ganz genau wissen, daß dem Reichsamt des Innern die sozialpolitischen Angelegenheiten abzugeben und in einem Reichsamt zusammengefaßt werden sollten. Für dieses neu geschaffene Amt sollte die Abfertigung der sozialdemokratischen Abgeordneten Legation, die den Führer der freien Gewerkschaften, zu gewinnen. Als zukünftiger Staatssekretär des Innern wurde Graf Bernstorff, der bisherige Reichsjustizsekretär, genannt. Diese ganzen Kombinationen wurden aber wieder durch eine andere hinläufig gemacht, denen zufolge der Reichstanzler die Abfertigung, die sämtlichen frei gewordenen Staatssekretäre und Ministerposten im Sinne einer parlamentarischen und doch wenigstens parlamentarisch erscheinenden Regierungsmittel den vier Parteien (Zentrum, Sozialdemokratie, Volkspartei, Nationalliberale) bieten, daß sie ihnen geeignete Vertrauensmänner dem Reichstag zum Vorstoß beim Kaiser präsentieren.

Die gemeinsame Resolution über den Verteidigungs-krieg von den Nationalliberalen verworfen.  
Berlin, 9. Juli. Am Nachmittag tagte die nationale liberale Fraktion. Ihrer Sitzung wurde besondere Bedeutung beigegeben, das Zentrum die Erzeugnisse eines Kriegesresolution über den Verteidigungskrieg und die Friedensdienste nur unter der Bedingung gegen drei Stimmen (Schwarz, Dr. Pfeiffer und v. Franckenstein) angenommen hatte, daß ihr auch die Nationalliberalen zustimmen. Die nationalliberale Fraktion hat jedoch, wie verlautet einmütig, diese Resolution verworfen. Nach Pressemitteilungen haben die Nationalliberalen einen festen Einfluß auf diesen Ausgang gehabt, doch geht man wohl in der Annahme nicht fehl, daß auch noch andere Einflüsse und Vorgänge dieses 'einmütigen' Beschlusses herbeigeführt haben. Nach der nationalliberalen Fraktionsführung traten die Parteiführer wieder zu interfraktionellen Besprechungen zusammen.

#### Die Haltung der fortschrittlichen Volkspartei.

Die 'Fortschrittliche Zeitung' schreibt zu den Verhandlungen im Reichstages-Sprengsausschuß anlässlich der vorerwähnten Sitzung: Gewiß hat der Reichstanzler schon wiederholt über die Kriegsziele mehr oder minder deutlich, meistens aber minder deutlich, gesprochen. Aber es waren das doch zunächst die Ziele des Kanzlers persönlich. Das deutsche Volk selbst hatte noch keine Gelegenheit gehabt, in einer authentischen Erklärung seiner Vertreter sich darüber zu äußern, um welche Ziele es diesen ihm aufgedrungenen Krieg führt. Der Kanzler hat jetzt erwidert, wenn die Stunde gekommen ist, dem Reichstages das Mitbestimmungsrecht bei den Friedensbedingungen zu geben. Nun wohl, diese Stunde ist jetzt gekommen, der Krieg ist in seine entscheidende Phase getreten, und wenn wir nicht Ende herbeiführen wollen, dann ist es an der Zeit, der Welt zu sagen, unter welchen Voraussetzungen wir ein Ende zu machen bereit sind. Am allermeisten aber hat die im Reichstages verarbeitete deutsche Nation das Recht und die Pflicht, zu verkünden, welche Stellung sie zu der Friedensfrage einnimmt.  
Auch über den Inhalt der Erklärung sollte sich, von kleinen Bruchteilen der Bevölkerung und der Parteien abgesehen, eine Einigung erzielen lassen. Der Gedanke eines Eroberungskrieges ist unpopulär, daß sogar die deutschen betrieblen amerikanischen Krieg zu sein. Mit der Zeit, nicht um Eroberungen zu machen, führen wir den Krieg, sondern wir sind gezwungen, ihn zu führen, zur Verteidigung der Ehre, der Freiheit und der Entwidlungsmöglichkeit nach unten und nach außen. Diesen Standpunkt haben Parlament und Regierung in jener bedeutsamen Kundgebung vom 4. August 1914 eingenommen, und der Reichstag wird ihn auch in der jetzigen Erklärung einnehmen. Daraus erfolgt schon von selbst die Abweisung aller Vorschläge einer Vergewaltigung fremder Völker. Andererseits wird die Erklärung zu betonen haben, daß, wenn andere Gegner einen Verständigungsfrieden zurückerufen, daß dann das deutsche Volk geschloffen mit Aufwendung aller seiner Kräfte um seiner Existenz willen den Krieg fortsetzen wird.

Eine solche Erklärung und Aufführung würde, so ist zu erwarten, so sehr in dem Interesse der Welt sein, als in dem Interesse der Nation, soweit diese einer nüchternen Lebenslegung fähig sind, ungemein wirksames Mittel sein. Sie zu einem Zeichen der Schwäche zu empfinden, würde selbst den größten Verbedungen der Feinde schon darum nicht gelingen, weil sie — ganz abgesehen von unserer glänzenden und unerlöschlichen militärischen Lage — zugleich das Selbstbildnis enthält, den Kampf zur Verteidigung der Freiheit Deutschlands bis zum letzten Atemzuge fortzuführen. Sollte wirklich von gegnerischer Seite eine Kundgebung des Reichstages für einen Verständigungsfrieden eine Weisung erfahren, so wäre lediglich die genaue und funktionelle Berücksichtigung einiger Mängel daran, die über die Vorgeschichte der geplanten Erklärung und über die Vorgänge im Haushaltsausfluss Meldungen gebracht haben, die der Wahrheit nicht entsprechen und die Bedeutung der Aktion des Reichstages in einem ganz falschen Lichte erscheinen lassen.

Das Blatt kommt dann nach einer Verurteilung des Bruchs der Vertraulichkeit auf Herrn Erzberger zu sprechen und führt dazu aus:

„Es ist vielfach behauptet worden, daß die Rede eines Zentrumsabgeordneten im Ausschusse die entscheidende Wendung herbeigeführt habe. Man ist beschämt, so weit gehen zu lassen, diese Rede als eine Tat zu feiern. In Wahrheit aber ist der Inhalt ausgegangen von der fortschrittlichen Volkspartei, die bereits am Tage vor der sogenannten Ausschussung nach sorgfältigen Beratungen beschloß, eine über eine vom Reichstage auszugehende Erklärung mit den in Betracht kommenden anderen Parteien in Fühlung zu treten. Die Ausführung dieses Beschlusses hat dann den ersten Schritt zur Klärung herbeigeführt. Die Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei selbst hat im ganzen drei eingehende Sitzungen dem Gegenstande gewidmet, und in der letzten Sitzung, die am diesem Sonntag stattgefunden hat, ist mit allen gegen eine Stimme, also mit großer Einstimmigkeit, die Erklärung aufgegeben worden. Damit ist auch der freigelegten Vermutung der Boden entzogen, als ob die Kundgebung für einen Verständigungsfrieden mit den kritischen Weisungen eines bestimmten Abgeordneten unserm militärischen Lage in irrefühlichem Zusammenhang stehe.“

Zu den inopportunistischen Fragen übergehend, sagt die „Freiwillige Zeitung“ dann weiter:

„Es geht nicht an, daß die Regierung uns weiterhin bis auf die Zeit nach dem Kriege vertritt. Worte haben wir genug gehört, nimmere wolken wir ein rechtliches Merkmal setzen. Es kann sich auch nicht mehr um Reichstagsbeschlüsse handeln, sondern nur um ihre Ausführung im großen. Das Reich selbst war ein freies Mitglied; aber dies kommt nur in bestimmtem Umfang zur Geltung, weil der Zusammenhang zwischen Regierung und Parlament mangelhaft ist. In Preußen bedarf es zunächst der Grundvorausetzung für jedes parlamentarische Leben: eines modernen, auf dem Prinzip der Gleichheit aller Bürger aufgebauten Wahlrechts. Wie die Parlamentarisierung in Preußen und in anderen Ländern zu Stande gekommen ist, darüber im einzelnen zu sprechen, ist heute hier nicht der Platz. Zunächst hat der Kaiser das Wort, und man wird von ihm lernen müssen, daß er nicht nur militärische Vorgesetzten ernannt, sondern auch Rat freier, und zwar mächtiger, gibt. Das Herr v. Bethmann Hollweg diese Tat vollzogen hat, das zu bezweifeln, heißt die deutsche Verfassung als eine gegenwärtige Krise hauptsächlich als eine Kanzlerkrise ansehen, und es heißt eine wenig glückliche Taktik der, den persönlichen Kampf gegen Herrn v. Bethmann Hollweg in den Vordergrund zu stellen. Uns interessiert die parlamentarische Frage erst in zweiter Linie. Die fortschrittliche Volkspartei hat sich nie mit Bethmann Hollweg identifiziert, sondern wie sie ihn früher als das schärfste Beispiel hat, so erhebt sie heute die Forderung, daß er sich während der künftigen Kriegszeit keinen Grund sucht, ihn anzuerkennen, solange seine Tätigkeit sich mit der Auffassung der fortschrittlichen Volkspartei vereinbaren läßt. Sie hat ihm aber nie ihre Unterstützung um seiner Hilfe willen gesehen, nur um ihn zu helfen, und so wird sie auch ihre jetzige und spätere Haltung ganz danach richten, wie er sich zu den Forderungen des Tages stellen wird. Nicht darauf kommt es in allererster Reihe an, wie der Kaiser sich, sondern auf die Taten, die er ausführt.“

Wenn Herr v. Bethmann Hollweg jetzt mit Militärkräften in seinen Kreisen betrachtet wird, die ihm früher, wir wollen nicht sagen ungenügend, aber vorurteilserregend gegenüberstanden, so hat er sich selbst, seiner Ansehens, eine Entscheidung zu treffen, auszuführen, eine gegenwärtige Stunde gehört nicht Verprechungen, sie gehört der Tat.“

### Der Standpunkt der Zentrumsparlei.

Die gestrige Abendnummer der „Germania“ veröffentlicht folgende Aufsätze, die über den Standpunkt und die Pläne der Zentrumsparlei vollkommenen Aufschluß gibt. Im dem Aufsatz heißt es:

1. Die Entente hat unser Friedensangebot vom 16. Dezember nicht nur mit Spott und Hohn zurückgewiesen, sondern auch mit allen Mitteln versucht, die Idee als Friedensstimmung der Völker zu zerstören. Ein Mißverständnis und Verwirrungen unter Benutzung eines beständlichen internationalen Presseapparates hat dazu dienen müssen, die deutschen Kriegsziele abzuleiten zu verfeinern und ins Gegenteil zu verkehren. Dabei ist besonders der Umstand für Deutschland nachteilig gewesen, daß unsere bisherigen Kriegsziele, die von der Entente hinsichtlich wurden, als seien sie ein *Wachwerk* der „preussischen Militarität“, des „tauerlichen Absolutismus“ usw. Bei der geringen Kenntnis der inneren Zustände im Ausland ist es nicht zu verwundern, wenn diese Verdrängungen einen größeren Eindruck gefunden haben, als uns in Deutschland benutzt ist. Um diese Wackertische anzuhängen die Spitze abbrechen, soll nimmere das deutsche Volk durch den Weg des freiesten und demokratischsten Wahlrechts der Welt gemäßigten Beschäftigung eine unabweisliche Willensänderung herbeiführen, die die deutsche Kriegsziele hinwegweht. Es wird damit unseren Feinden unabweislich zum Bewußtsein gebracht — was uns längst selbstverständlich war —, daß sie nicht allein mit dem Kaiser, sondern mit den „preussischen Dummen“, mit der „Militarität“, sondern mit dem ganzen deutschen Volk Krieg führen, und daß dieses Volk entschlossen ist, diesen Kampf um Freiheit und Selbständigkeit bis zum letzten Blutestropfen zu führen und alle Wechsellagen und Leben zu ertragen.

2. Um diese Idee zur vollen Geltung zu bringen, ist es notwendig, daß die deutsche Regierung sich zu diesem Standpunkte bekennt. Der Reichstag hat sich in diesem Zusammenhang mit einer Kommission unter Hinweis auf seine früheren Auf-

nahmen bezüglich der Kriegsziele die Idee an sich angelehnt.

Damit würde es jedoch nicht genug sein. Der Ernst dieser Kundgebung wird nur dann seine volle Würdigung finden, wenn das deutsche Volk durch eine parlamentarische Vertretung verantwortlich mit an der Regierung beteiligt wird. Es soll damit den nichtmüßigen Verurteilten die Spitze abgebrochen werden, seiner Entente freunden zu suggerieren, daß die deutsche Regierung schließliche das manne, was sie wolle, und ihren Reichstagsrat verantwortlich ist. Es wird deshalb die Bildung einer parlamentarischen Fraktion in der Reichstag einleiten werden. Damit würde die Geschlossenheit und Einigkeit zwischen Volk, Regierung und Kaiser nicht bloß noch außen hin dokumentiert, sondern sich praktisch verwirklicht und aktionsfähig gestalten. Ueber die Form dieses neuen Systems bedarf es keines Kopfzerbrechens. Vor allem wäre es falsch, das neue System anzupreisen als Übertragung zu einem parlamentarischen Regierungssystem in mechanischer Nachahmung des englischen Vorbildes. Das neue System wird der deutschen Eigenart und dem historischen Verlaufe des Reiches unter vollster Wahrung seines bundesstaatlichen Charakters angepaßt.

Die Durchführung der Idee des Kaisers darf über Erfüllung, da mit einem schnellen Kriegsende nicht zu rechnen ist, so wird es zur geordneten Fortführung der im Reichstag in Angriff zu nehmenden Reformen in Preußen schon jetzt in Angriff zu nehmen. Es soll auch dadurch den feindlichen Verdrängungen die Spitze abgebrochen werden — die besonders in Ausland eine große Rolle spielen —, als sei die Oberhoheit ein Verprechen, das nachträglich nicht gehalten würde. Deshalb wird in Preußen unverzüglich die Reform des Wahlrechts eingeleitet sein. Ueber den gegebenen Verhältnissen kann nur das gleiche, gleiche und direkt Wahlrecht unter Anwendung in die preussischen Verhältnisse in Betracht kommen. Der Satz wird durch den Zweck „Anpassung an preussische Verhältnisse“ (Antar! A. Red.) Daraus erwächst die Notwendigkeit, daß auch im preussischen Ministerium eine Homogenität für diese Reform herbeigeführt wird. Das wird auch hier einen Wechsel der Personen zur Folge haben; in welchem Umfang, steht noch dahin.

Ueber die Wirkung dieser Maßnahmen auf das Ausland und Ausland soll vorläufig nur wenig gesagt sein. Das England sich bemühen wird, sie mittels seines internationalen Presseapparates zu verfeinern, sie als Schwäche und Zeichen des höchsten Zusammenbruchs hinzustellen, das können und müssen wir entgegen der Kundgebung des deutschen Volkes zu einem Frieden der Verständigung, die Friedensbrüderlichkeit und Friedenspflicht in der ganzen Welt anerkennend stärken wird. Für unser inneres Leben in Deutschland selbst wird die Kundgebung ungewöhnlich die Wirkung haben, die Einigkeit und Geschlossenheit unseres Volkes zu stärken und den Willen zum Durchhalten und Ausschalten zu befestigen.

Aus dem Reichstag wird uns über die gestrige Sitzung des Hauptausschusses ergangen geschrieben: Man erwartet, daß heute (Montag) nach der Entscheidung in allen Fragen fallen wird, die seit Freitag das Parlament und die ganze Öffentlichkeit beschäftigen. Es heißt, daß die Mehrzahl der Mitglieder über die Frage der Kundgebung im Reichstag nicht in Frage gestellt werden wird, sondern nur in Frage gestellt werden wird, ob sie in inopportunistischen Fragen noch nicht ergeht, doch wird auch hier ihr Zustandekommen erhofft. Vorbedingung dafür ist eine entsprechende Haltung der Reichstagsabgeordneten, die die Verantwortung nicht dem Reichstag, sondern der Mehrheit der Reichstagsparlei, der Nationalliberalen, der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten stattfinden, um die Forderung für eine inopportunistische Kundgebung zu formulieren und dem Reichstag zur Übermittlung. Man nimmt an, daß, wenn nicht schon Montag, dann Dienstag die Parteiführer beim Reichstag verhandeln werden.

Am Sonntag nachmittags, also zu sehr ungewöhnlicher Stunde, hat das preussische Staatsministerium eine Sitzung unter Vorsitz des Ministerspräsidenten von Bethmann Hollweg abgehalten. Aus den Kreisen der Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses wird jetzt bestätigt, daß unsere Beratungen im preussischen Staatsministerium in Aussicht stehen und daß in erster Linie ein Verbot im Kultusministerium in Frage kommt. Es wird auch mit Bestimmtheit erwartet, daß dem Landtage im Herbst die Wahlrechtsvorlage zugehen wird, die nach der Oberhoheit erst für die Zeit nach Beendigung des Krieges geplant war. Das Interesse für die Verhandlungen im Hauptausschuss ist weiter so groß, daß alle übrigen Ausschussberatungen zurückbleiben mußten.

Das äußere Bild des Reichtages war am Montag das gleiche wie am Sonntag. Im Gebäude herrschte seit dem frühen Morgen lebhaftes Treiben. Der Hauptausschuss des Reichstages begann eine Beratung, die um 9 Uhr und der Saal war wieder überfüllt. Man erwartete nicht ganz, wie die Abgeordneten wie am Sonntag am 16. Dezember, sondern über Sonntag nach Hause gehen und nicht wieder zurückgekehrt sind, so waren bei weitem mehr Regierungsvertreter gekommen, die als Zuhörer an den Verhandlungen teilzunehmen wollten. Der Reichstagler erschien in Begleitung Wahnschiffes erst um 9 1/2 Uhr. Die Wegsag der Staatssekretäre war aber schon vor ihm gekommen.

Nach Dr. David (dessen Rede wir bereits in der Frühnummer inhaltlich wiedergehen) sprach der Staatssekretär Dr. Pfeiffer, der sich nimmere mit den beiden Vordrängern (Erzberger und Dr. David) auseinandersetzte.

In der fortgesetzten Verhandlung des Hauptausschusses sprach nach dem Staatssekretär Dr. Pfeiffer in fast einstündiger Rede der konservative Führer A. Graf v. Helldorf, nach dessen Ausführungen der Reichstagler nochmals zu einer kurzen Erklärung in die Debatte eintritt. Die letzte Rede in der Montagssitzung hielt der böhische Zentrumsabgeordnete Fehrenbach, der in noch bestimmter Form als sein Fraktionsfreund Erzberger die sofortige Neuorientierung verlangte und die Einführung des parlamentarischen Systems als unabweisbare Notwendigkeit bezeichnete.

Sodann verlas der Ausschuss sich auf Dienstag vormittags. Am Dienstag soll die Plenarsitzung wieder ausfallen.

WTB. Berlin, 10. Juli. Wie der „V.“ erfährt, habe die Nationalliberale Fraktion des Reichstages gestern in einer Resolution gegen den Reichstagsler einstimmig beschlossen, zum Ausdruck zu bringen, daß der Reichstagsler ihr Vertrauen nicht besitzt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, nachdem mit der Stellungnahme der Nationalliberalen die erste und unmittelbare Gefahr durch ihre Einsicht und Standhaftigkeit abgewendet sei, werde hoffentlich auch der weitere Verlauf der Krise der sein, daß damit das Gegenteil von dem erreicht werde, was ihre Anhänger bezweckten hätten.

WTB. Berlin, 10. Juli. Nach der „V.“ wird es sich nimmere zeigen, ob der Reichstag diejenige Einigkeit

aufbringen werde, die allein eine Durchführung der Parlamentarisierung ermöglichen kann.

WTB. Berlin, 10. Juli. Nach verschiedenen Blättern veröffentlichen eine Anzahl Duzenten und Professoren der Berliner Universität und der Technischen Hochschule eine Erklärung, die im wesentlichen sagt, daß in den Ordnungen von Staat und Reich nicht alles nach dem Rechte zu stehen dürfe, wie bisher. Man würde es aber für eine Ungleichheit halten, wenn die in der künftigen Reichstag schon jetzt während des Krieges zu Stande käme. Die Herren hätten sich ihre Kundgebung etwas besser überlegen sollen. Die Situation ist danach angeht, mit der Durchführung der Reformen noch weiter zu zögern.

### Keine Mitteilungen über das Ergebnis der Beratungen beim Kronrat.

WTB. Berlin, 10. Juli. Der Hauptstaatssekretär trat um 9 Uhr zusammen. Der Abgeordnete Ebert ersuchte den anwesenden Reichstagsler um Mitteilung, was sich gegen im Kronrat zugetragen hätte, da die Kenntnis der Ergebnisse des Kronrats notwendig sei für eine fruchtbarere weitere Debatte. Der Reichstagsler befragte, daß gegen die Kronrat zusammengekommen sei, erklärte aber weiter, er könne Mitteilung über das Ergebnis der Beratungen noch nicht machen. Darauf beantragte der Abgeordnete Ebert die Vertagung des Ausschusses, die beschlossen wurde.

### Scharfe Angriffe auf Poincaré in der französischen Kammer.

Der Schlichter Rivot soll zur Verantwortung gezogen werden. — Die Anklage der Minister gesteht. — Die französischen Verluste. — Die Rolle Poincarés. — Eine gemäßigtere äußerliche unparteiischere Macht. — Der Wunsch für den französischen Soldaten hinein.

Paris, 9. Juli. (Ergänzung des Monats.) Nach Vertagung der Tagesordnung durch Desdanel forderten die Mitglieder Rivot, Poincaré und Raffin-Dugens, sowie der Vertreter der Minister die Anklage der Kammermitglieder an, ihre ihm ungesetzliche Taten abzugeben, gleichfalls zu verurteilen. Desdanel leitete dies ab. Die Tagesordnung erschien ihm unannehmbar, weil die Vertagung Rivot und Poincaré eine seltsame Selbsteinschätzung der Kammer und eine Einmischung in das öffentliche Leben darstellte. Nach längerer Debatte, konnte endlich Rivot abgeben und Poincaré abgeben, was die Vertagung wiederum nur die allgemein gebrauchte Tagesordnung Rivot und Rivot zu der Kritik gemacht habe, Rivot erklärte.

Stratze jagt für die höchsten militärischen Stellen.

Die Regierung müsse einen Gesandten einbringen, der das Militärparlament auch in diesem Sinne abändert. Wenn es notwendig ist, in dessen Reich Minister in den Anklagen vor Gericht werden, die Richter werden die Richter werden, die das Recht nicht Mißbrauch treibe, um die Opfer abzuwehren und tollkühne Unternehmungen unter. Rivot sprach dann von der Vertagung der verteidigten Minister. Bei den militärischen Operationen wurde verurteilt, daß die Generalen größere Frontlinien übernehmen, die Rivot erklärte, daß Rivot nach Frankreich gehen, die Ministerien in Compigne zur Zeit. Rivot habe dem Druck der anwesenden Generale (Rivot links; Rivot rechts) nachgegeben.

Der verlas einen Brief von der Front, wonach von 2 Kompanien auf der Höhe von Etanone im ganzen 40 Mann zurückgelassen

und die Ueberlebenden der einen Kompanie vor ein Kriegsgericht gestellt worden seien, weil sie sich nicht genügend verteidigt hätten. Ein großer Teil der Kammer und der Kriegsminister erhoben Einspruch gegen die Vertagung des Briefes, der nur der deutlichen Propaganda ausfallen könnte, worauf Rivot erklärte, er habe den Brief verlesen müssen. Er habe den Kriegsminister schon oft Mißstände gemeldet, ohne daß eingegriffen wurde. Er wolle deswegen das Land auf dem Laufenden halten, um einen Druck auszuüben. Dabes forderte ferner von der Regierung eine Vertagung mit den Ministern, damit man wisse, wann die Vertagungen kämen und dem Lande nicht trügerische Hoffnungen gesetzt werden könnten. Rivot erklärte, er werde die Vertagungen nicht abbrechen, sondern die Vertagungen in Compigne sein.

eine abgemessene, unfehlbare und unabweisbare Macht

schlecht injiziert

gemein. Diese äußerliche Macht werde man hoffentlich lernen und aburteilen. Der Präsident der Republik Rivot könne nur von der Deputiertenkammer in Anklagezustand versetzt und vom Senat aburteilt werden. Der Präsident ist aber gemäß der Verfassung nur im Falle des Soldateskentransportes in Anklagezustand zu versetzen, Rivot erklärte, er werde die Vertagungen nicht abbrechen, sondern die Vertagungen in Compigne sein. Rivot erklärte, er werde die Vertagungen nicht abbrechen, sondern die Vertagungen in Compigne sein.

ein Schrift, daß die Soldaten Frankreich den Wunsch anderer mit dem Leben beschließen müßten.

Darauf kam es zu einem erregten Zusammenstoß zwischen Accombard und Rivot und zu einem Sturm in der Kammer. Sodann ergriff Kriegsminister Painlevé zu der bereits mitgeteilten Rede das Wort.

T. d. A. Berlin, 9. Juli. Das italienische Regierungsorgan „Giornale d'Italia“ läßt sich über die in Frankreich herrschende Stimmung berichten: Die moralische Wirkung der Waise-Offensive auf das französische Volk steht in diesem Widerspruch zu den von den französischen Truppen erzielten militärischen Erfolgen. Nach einem ersten Aufschlagen der Begeisterung hat sich das Publikum derart niederdrücken lassen, daß es schließlich ganz gelangt ist, über die Zahl der Toten und Vermundeten Frieden wie eine kalte Dusche auf die Volksgemeinschaft und wachsendes Unbehagen und Entmutigung bemerkt zu werden. Die Ursache dieser Erscheinung liegt darin zu suchen, daß ein Teil der französischen Waise der Rolle der Waise die Wahrscheinlichkeit ist. Gerade die ernstlichen Zeitungen prophezeien seit 1914 Teuerung und Aufbruch in Deutschland, den Zusammenbruch des deutschen Heeres und seiner Verbündeten. Die Folge war der durch allmähliche Enttäuschungen hervorgerufene allgemeine Skeptizismus. So sind diese Blätter selber Schuld daran, daß sich das französische Publikum von allen pöbelhaft aufblühenden katastrophalen Gerüchten einsparen läßt, die von Agenten des Feindes unter neutraler Maske ausgetrieben werden. Die französische Regierung hat diese